

HT 2018: „Bedrohte Ordnungen“ – eine Kooperation des SFB 923 mit der Geschichtsdidaktik zur Verbindung von Fachwissenschaft und Unterricht

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 25.09.2018–28.09.2018, Münster

Bericht von: Ulrike Denne, Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung, Rottweil

„Gesplante Gesellschaften“ – angesichts der aktuellen wie gesellschaftspolitischen Relevanz des Themas überrascht, dass auf dem 52. Historikertag nur vier geschichtsdidaktische Sektionen angeboten wurden. Zwei davon überschneiden sich zeitlich und eine davon bestand nicht einmal zur Hälfte aus geschichtsdidaktischen Vorträgen. Dass gerade diese Sektion mehr als anregend und innovativ war sowie Wege der Vermittlung der zu Recht eingeforderten historischen Orientierungskompetenzen von Schüler/innen aufzeigte, liegt an der zielführenden und erkenntnisreichen Kooperation zwischen Universität und Gymnasialseminar Tübingen, deren bisherige Ergebnisse nach den jeweiligen Einführungsvorträgen in zwei Themenblöcken präsentiert wurden.

Prägnant gelang DENNIS SCHMIDT (Tübingen) die Einführung in das Forschungsdesign des Tübinger SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“¹. Zu Beginn der systematisch-interdisziplinären Forschungen habe die Analyse der Bedrohungskommunikation im Vordergrund gestanden: Akteur/innen kommen zu der Überzeugung, dass ihre Ordnung bedroht sei. „Ordnungen“ schaffen laut Definition des SFB für Individuen, Gruppen und Gesellschaften eine Erwartungssicherheit und eröffnen Handlungsoptionen. Sie strukturieren den Alltag, sind variabel und dynamisch. Führt die Veränderung zur Verunsicherung und zum Verlust an Handlungsoptionen, ist die Ordnung „bedroht“. Gelingt es den Akteur/innen, eine konkrete Bedrohungsursache zu benennen und diese zu kommunizieren, etabliert sich eine „Bedrohungskommunikation“. Diese mobilisiert und sensibilisiert für Handlungsempfehlungen. Seit 2015 fokussieren sich die vielfältigen Teilprojekte

des Sonderforschungsbereichs auf praxeologische Fragen, um die vier langfristigen Forschungsziele – Historisierung aktueller Krisendiagnostik, Untersuchung der Modi sozialen Wandels, Erneuerung der Raum- und Zeitkategorien der Sozial- und Kulturwissenschaften und Grundlagenreflexion in den Sozial- und Kulturwissenschaften unter den Bedingungen der Globalisierung – zu erreichen. Die Analysen orientieren sich am Prozess des re-ordering in Gesellschaften und sozialen Gruppen: An dessen Anfang stehe die Diagnose der Bedrohung, die über eine Selbstalarmierung zur Mobilisierung der Menschen führe und in enger Wechselwirkung zu praktischen Konsequenzen stehe. Die Handlungen werden in der Reflexion an die Diagnose rückgebunden.

ROLAND WOLF (Tübingen) eröffnete Perspektiven aus der Kooperation für einen Geschichtsunterricht, der sich gegenwärtigen Krisen und „Bedrohungen“ historisch-genetisch wie analytisch stellen muss, um Schüler/innen beispielsweise historische Orientierungskompetenzen zu vermitteln. Zwei Anknüpfungspunkte seien zentral: zum einen die Relevanz der Thematik für Gegenwart und Lebenswelt der Schüler/innen, zum anderen die Möglichkeit, Historisch Denken Lernen zu vermitteln. Dass die Quellen und die Konzepte, die der Sonderforschungsbereich Geschichtslehrenden und Seminarbilder/innen zur Verfügung stellt, den Geschichtsunterricht innovieren, zeigte Wolf exemplarisch auf. Der Mehrwert der erschlossenen Quellen bestünde darin, dass sie Akteur/innen aus allen Schichten sprechen ließen, die Sprache stark emotional und für Schüler/innen hinsichtlich einer Analyse motivierend wie fordernd sei. Mit dem Modell der Bedrohungskommunikation stehe dafür ein effektives Instrument zur Verfügung. Die Grundstruktur folge dem Aufbau „Erfassung des Status Quo“, „Entwurf eines bedrohlichen Szenarios“ und „Handlungsempfehlungen zur Bewältigung“, die sich kritisch hinterfragen lassen. Als geeignete fachspezifische Verfahren sind „Fallbeispiel“, „historischer Vergleich“ und „Längsschnitt“ anzusehen. Dieses Lehrkonzept konkretisierte Wolf an dem Thema „Hungerkrisen“, aufgezeigt

¹ <https://www.sfb923.uni-tuebingen.de> (12.10.2018).

an Quellen zur Hungersnot der 1570er-Jahre und Günter Grass' genozidaler Verknüpfung von Auschwitz und Biafra in seinem Appell an die Bundesregierung von 1968². Das auch begrifflich für Schüler/innen zugängliche Modell der Bedrohungskommunikation lasse sich selbst als Methode einer Quellenanalyse einführen. Anschlussmöglichkeiten der Forschungsergebnisse und Quellenerschließung aus dem Sonderforschungsbereich an bundesrepublikanische Lehrpläne seien vielfältig und in allen Kompetenzbereichen gegeben.

GEORG SCHILD (Tübingen) konzentrierte sich auf die Interdependenz von Bedrohung und Bedrohungswahrnehmung in der Öffentlichkeit anhand dreier zentraler Quellen zu Beginn des Kalten Krieges (Kennans „Langes Telegramm“ vom Februar 1946, der Truman-Doktrin vom März 1947, des Memorandums NSC 68 vom April 1950). Schilds These lautet: „Bedrohungen werden durch Bedrohungswahrnehmung erzeugt.“ Zeitgenossen konnten den Beginn des Kalten Krieges nicht fühlen, existenziellere Probleme bestanden. Gleichsam sorgte sich Amerika um Europa und verglich die Zustände dort mit denjenigen im 8. Jahrhundert (Islamisierung). Apokalyptische Zustände mit Pest und Hungersnöten oder die Ausbreitung von Kommunismus wurden befürchtet. In diesem historischen Kontext erkläre Kennan in seinem Telegramm für die US-Regierung das Verhalten Russlands. In einer „simplen Weltsicht“ erläutere Kennan, dass das kommunistische Russland verunsichere gegenüber „Ausländern“ sei und ihm freundlich gesinnte Länder unterstütze. Eine friedliche Politik der Eindämmung sei ein geeignetes Problemmanagement, gleichwohl bewerte Kennan den Konflikt als unterhalb der Kriegsschwelle, wenn er russische „military plans“ erwähne. Die Politik der Eindämmung sei eine Verteidigungshaltung. Trumans Rede im Kongress gehe einen Schritt weiter, sie spiele auf die Möglichkeit eines militärischen Konfliktes zwischen der westlichen Welt der Freiheit und der kommunistischen in Terror und Unterdrückung an. Die Vereinigten Staaten müssten sich für den Weltfrieden einsetzen. Das Dokument NSC 68 entspreche dem politischen Klima der Ersten Berlinkrise sowie der Zündung der

russischen Atombombe im August 1949. Der Westen habe zwar keinen Krieg gewollt, habe für die Freiheit der Zivilisation kämpfen müssen. Ein enormes Aufrüstungsprogramm war die Folge, welches durch den Beginn des Koreakrieges bestätigt schien. Schilds Fazit lautet, dass in einem sich selbst verstärkenden Prozess Bedrohungsvorstellungen und Ängste geweckt wurden, die militärisches Aufrüsten einforderten. Die Selbstalarmierung – die Bevölkerung der USA und Westeuropas habe der Bedrohungsdiagnose der Regierungen weitgehend zugestimmt – der einen Seite habe bei der Gegenseite zu Ängsten geführt, auf die auf gleiche Art und Weise, durch Aufrüsten, reagiert wurde. Wenn man die Funktionsweise von Bedrohungskommunikation erkenne, lasse sich diese auch kontrollieren – diesen „Denkanstoß“ gab Schild dem Publikum im Hörsaal angesichts aktueller Beispiele (Nordkorea, Trump) mit.

Einen innenpolitischen Bedrohungsdiskurs zur Zeit des Vietnamkrieges mit Auswirkungen auf die US-Außenpolitik analysierte ROMAN KRAWIELICKI (Tübingen). Im „Jahrzehnt der amerikanischen Alpträume“ (1970er-Jahre) habe der Vietnamkrieg eine innenpolitische Dynamik ausgelöst, die zu einem In-Frage-Stellen von US-amerikanischer Innen- und Außenpolitik geführt habe. Die „amerikanische Ordnung war bedroht“. Ein Blick auf den Prozess des re-ordering aus Sicht der Neokonservativen erhellte den damaligen innenpolitischen Bedrohungsdiskurs und seine Folgen für die amerikanische Außenpolitik. Nach einem historischen Abriss über die Formierung der Neokonservativen ging Krawielicki auf die Zeit der Détente-Politik Nixons ein. Die Neokonservativen sympathisierten 1972 mit McGovern, Nixon wurde wiedergewählt. Unter Senator Jackson gründeten sie noch 1972 die „Coalition for democratic majority“ (CDM). Nixon sei bei den ABM-Verhandlungen, die auf ein Blo-

² Aus der Kooperation des SFB 923 mit dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasium) Tübingen in der ersten Förderphase entstand der Sammelband von Dennis Schmidt / Johanna Singer / Roland Wolf (Hrsg.), „Bedrohte Ordnungen. Konzepte, Materialien und Arrangements für den Geschichtsunterricht“, Frankfurt am Main 2018 mit fachwissenschaftlicher Aufarbeitung, Quellenzusammenstellungen und geschichtsdidaktischen Überlegungen.

ckieren des technischen Fortschritts der USA abgezielt hätten, „über den Tisch gezogen“ worden. Das parteiübergreifende „Committee on the Present Danger“ (CPD), gegründet im März 1976, zu dessen Mitgliedern auch Ronald Reagan zählte, verglich die Aufrüstung der Sowjetunion in den 1970er-Jahren mit derjenigen Deutschlands in den 1930er-Jahren des 20. Jahrhunderts – „eine überzogene Einschätzung“ hinsichtlich des tatsächlichen wirtschaftlichen und militärischen Bedrohungspotentials. Unter Carters „wertschätzender“ Außenpolitik, die nicht frei von Zugeständnissen (z.B. NATO-Doppelbeschluss) gewesen sei, sollte das SALT II-Abkommen unterzeichnet werden. Mit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan (1979) schienen die Neokonservativen Recht zu behalten: der Kongress setzte die Unterzeichnung des Vertrages aus, Reagan gewann die US-Präsidentenwahl. Die Ordnung aus Sicht der Neokonservativen schien wiederhergestellt. Mit einem Ausblick auf den außenpolitischen Umschwung der 1980er-Jahre unter Reagan beendete Krawielicki seinen Vortrag.

ANDREA KIMMI-BÜHLER (Tübingen) konzentrierte sich auf zwei Bereiche der geschichtsdidaktischen Überlegungen zur Integration der Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich: auf die Arbeit mit schriftlichen Quellen zum Thema „Kalter Krieg“ und auf die Chancen für den Geschichtsunterricht in Bezug auf dessen Strukturen, Entwicklungen und Wesenszüge sowie den Gegenwarts- und Lebensweltbezug. Anhand des SFB-Modells der Etablierung von Bedrohungskommunikationen analysierte Kimmi-Bühler Trumans (1947) und Carters Rede (1977) sowie das Gründungsmanifest der CPD (November 1976). Kimmi-Bühler gelang die schlüssige Übertragung wissenschaftlicher Analyseergebnisse auf die Praxis des Geschichtsunterrichts. Beispielsweise stelle Truman den Status Quo so dar, dass jede Nation zwischen Freiheit und Unterdrückung wählen könne. Das Bedrohungsszenario der bedrohten Freiheit führe zur Handlungsempfehlung. Die USA müsse bedrohte Völker unterstützen, wobei die Zeitdimension nahe lege, dass ein Zögern verhindert werden müsse. Chancen für den Geschichtsunterricht mit der „Bedrohungsszenario-Brille“ ergeben

sich laut Kimmi-Bühler in der Vereinfachung komplexer Schemata wie Synopsen oder Fieberkurven zu Phasen des Kalten Krieges. Graphisch ließen sich Entwicklungen im Kalten Krieg als gegenseitige Verstärkungen beider Seiten darstellen, wenn man die Aspekte der Bedrohungswahrnehmung, der Bedrohungskommunikation sowie der Etablierung der Bedrohungskommunikation und den daraus folgenden Handlungszwängen erfasse. Wesenszüge des Kalten Krieges ließen sich in der problemorientierten Fragestellung „Der Kalte Krieg – Geschichte der Bedrohung oder der Bedrohungskommunikation?“ untersuchen und diskutieren. Flüchtlingskrise, Klimawandel, soziale Schere, Wohnungsnot oder EU-Krise – die Untersuchung historischer Bedrohungskommunikation schaffe den Gegenwarts- und Lebensweltbezug für Schüler/innen, die für diese sensibilisiert werden und heutigen Populismus dekonstruieren lernen. Die Kooperation mit dem SFB 923 biete „viel für die Arbeit mit Schüler/innen“.

JOHANNA SINGER (Tübingen) eröffnete den zweiten Themenblock. Sie stellte zentrale Ergebnisse ihrer Dissertation über armutsbedingte Erwerbstätigkeit adliger Frauen im Kaiserreich vor. Sowohl in Preußen als auch in Württemberg habe der Zwang zur Erwerbstätigkeit über 40 Prozent adliger Frauen betroffen. Die Biographien und Zeugnisse entlarven die Befindlichkeiten der Frauen. Adlige Frauen seien per se zur Ehe bestimmt. Das damalige Erbrecht – finanzielle Mittel wurden für die Karriere der Söhne verwendet – und die daraus resultierende Verarmung machte die armen adligen Frauen für den Heiratsmarkt unattraktiv. Singer suchte nach Restriktionen und Chancen der Armutsbewältigung in dieser erzwungenen Arbeitswelt. Schlechte Bezahlung und fehlende soziale Absicherung ergaben sich dadurch, dass die adligen Frauen unvorbereitet und plötzlich in einen Lebensabschnitt als Erzieherinnen oder Gesellschafterinnen treten mussten. Erst im Zuge der Frauenbewegung eröffneten sich ab 1900 neue Berufe als Lehrerin, Telefonistin oder Krankenschwester. Vorurteile und Diskriminierungen führten gar zum Ablegen des Adelstitels durch die Frauen. „Kämpferinnen für die Emanzipation“ finde man aber nicht.

ROLAND WOLF (Tübingen) stellte zur Armutsfrage Bezug nehmend Überlegungen für den Geschichtsunterricht an. Über biographische Verfahrensweisen könnten Schüler/innen beispielsweise für die Thematik sensibilisiert werden, zumal eindringliche Formulierungen in den Quellen – Schüler/innen kennen gegenwärtige Adlige – provozierend wirken könnten. Ein anderer Zugang könnte in der Kontrastierung zur Arbeiterbewegung – den adeligen Frauen fehle das „Protestpotential“ (Singer) – liegen. Bildliche Zeugnisse wie „Der Streik“ von Robert Köhler (1888) zeigen vor Augen, dass adlige Frauen „so nicht (reagieren)“. Gegenwartsbezüge ließen sich in der Erfassung der Risikofaktoren für Armut – Geschlecht, Krankheit, Alter oder Adel? – herstellen.

Ein Diskussionsaspekt ging um die Abgrenzung der Begriffe „Krise“ und „Revolution“ zum Begriff der „Bedrohten Ordnung“. Nicht jede Krise sei, so Krawielicki, eine bedrohte Ordnung (z.B. „Club of Rome“ in den 1970er-Jahren). Gerade in Diskursen wie zur „Globalisierung“ sei interessant, wer wie die Deutungshoheit gewinne. Der Begriff der „Bedrohung“, hier waren sich die Geschichtsdidaktiker/innen und –lehrenden einig, ist für Schüler/innen greifbarer und könnte in Unterricht und Lehrplänen zusammen mit Modell und Instrumentarium des re-ordering-Prozesses implementiert werden. Dass in den Vorträgen des ersten Themenblocks vornehmlich klassische Quellen zum Einsatz gekommen seien, liege daran, dass man bewusst auf diese zurückgegriffen habe, um das neue Instrumentarium an bekannten Konflikten und Quellen durchzuspielen, so Schild. Gewonnen hätte das Durchspielen des Bedrohungsszenarios zu Beginn des Kalten Krieges sicher durch den Einbezug von Quellen aus sowjetischer Sicht oder der Sichtweise der Blockfreien Staaten. Für Geschichtslehrerinnen und –lehrer könnte insbesondere die Umsetzung eines der anvisierten Ziele einer dritten Förderphase des SFB, nämlich der Ausbau der virtuellen Fallbeispiele³ zu einer Schulplattform, gewinnbringend sein.

Der kürzlich veröffentlichte Welthunger-Index 2018⁴, der das Erreichen von Goal 2 (2015): „Zero Hunger“ bis 2030 in weite Ferne rücken lässt, muss Bildungsplankommissio-

nen und Geschichtslehrenden den Blick auf globale Probleme öffnen, die im Geschichtsunterricht Raum gewinnen sollten. Und da bietet ein Betrachten historischer Konflikte und Phänomene mit der „Bedrohungs-Brille“ ein fundiertes wie handhabbares Instrumentarium. Die auch in Struktur der Sektion und Verzahnung der Vorträge überzeugende Kooperation zwischen Tübinger Universität und Seminar bot mehr als einen „Denkanstoß“ für Geschichtswissenschaftler/innen und –didaktiker/innen. Neben dem Wunsch, die eurozentrische Brille abzusetzen, bietet die Analyse historischer Bedrohungsszenarien ein hohes wissenschaftliches wie unterrichtliches Potential, insbesondere auch die Szenarien, die Problemlösungs- und Deeskalationswege eröffnen. Schlussendlich stellt sich auch die Frage, warum die Fachwissenschaft selbst die Ergebnisse des SFB 923 nur spärlich rezipiert.

Sektionsübersicht:

Roland Wolf (Sektionsleiter)

Dennis Schmidt (Tübingen): Einführung in den SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“

Roland Wolf (Tübingen): Wissenschaft und Unterricht - Analyse des geschichtsdidaktischen Potenzials des SFB

Roman Krawielicki (Tübingen): „Sounding the tocsin“ – Neokonservative Bedrohungskommunikation im „Jahrzehnt der Alpträume“

Georg Schild (Tübingen): Bedrohungswahrnehmungen im Kalten Krieg

Andrea Kimmi-Bühler (Tübingen): Ein geschichtsdidaktisches Unterrichtskonzept zum Thema „Kalter Krieg“

Diskussion

Johanna Singer (Tübingen): „... gezwungen in einem Berufe mich auszubilden“ - Armutsbedingte Erwerbstätigkeit adliger Frauen im Deutschen Kaiserreich

Roland Wolf (Tübingen): Möglichkeiten des unterrichtspraktischen Zugangs zum Thema

³ <https://www.bedrohte-ordnungen.de> (12.10.2018).

⁴ <http://www.globalhungerindex.org/de/> (12.10.2018).

„Armer Adel“ und den Materialien

Diskussion

Tagungsbericht HT 2018: *„Bedrohte Ordnungen“ – eine Kooperation des SFB 923 mit der Geschichtsdidaktik zur Verbindung von Fachwissenschaft und Unterricht*. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 27.10.2018.